



FOTOS: MARTIN SPECIMANN

Schön rechnen

»Freiwillige Leistungen« entscheiden über die Lebensqualität in einer Stadt. Ihre Kürzung trifft alle, aber nicht alle gleich.
Von Aiga Kornemann

»Sparen heißt, Geld übrig zu haben«, merkte SPD-Urgestein Hans Hamann einmal an. Bielefeld hat nicht mal genug Geld für seine laufenden Ausgaben. Seit 2002 wird den Stadtfinanzen immer wieder die Luft knapp an der kurzen Leine der Kommunalaufsicht. Die gibt im Haushaltskonzept (HSK) vor, was der Rat entscheiden darf: Beschränkung auf Pflichtaufgaben, Kredite sind tabu, freiwillige Leistungen zu kürzen.

Im November will die Bezirksregierung Zahlen bis 2014 sehen. Im Jahr des 800. Geburtstags der Stadt soll der Einbruch der Steuereinnahmen vorläufig enden, prognostiziert der Deutsche Städtetag. Bis dahin geht es bergab.



Murmelgruppe der Stadtregierung: Wie geht es weiter?

»Eigenverantwortung ist gefragt«, stellt Karl-Wilhelm Schulze vom Bielefelder Sportbund für seinen Bereich fest. Natürlich seien die geplanten Kürzungen eine bittere Pille, doch mancher Verein könne überlegen, eine kommunale Sportstätte selbst zu übernehmen.

Sport, Kultur, Bildungs-, Jugend- und soziale Angebote werden in Form »freiwilliger Leistungen« anteilig von der Stadt finanziert. Gerade sie prägen die Lebensqualität vor Ort. Die Bürger wollen ihre Kinder versorgt wissen, Sport treiben und Kulturangebote genießen und, sollten sie in Not geraten, ein freies soziales Beratungs- und Hilfenetz finden, das sie stützt. Doch fürs HSK wird durchgekürzt.

»Kinder- und Jugendarbeit ist gesetzlich als Pflichtaufgabe der Kommunen festgeschrieben«, erläutert Katja Häckel vom Bielefelder Jugendring. Wo, wie ausgestattet und mit wie viel Personal die Stadt ihrer Pflicht nachzukommen hat, sagt das Gesetz nicht. Hier greifen oft freiwillige Leistungen. Kürzungen

seien nicht leicht mit privaten Mitteln aufzufangen. »Nehmen Sie ein kleines Jugendzentrum mit ein, zwei Kräften. Wie sollen die gleichzeitig gute pädagogische Arbeit leisten, Spendengelder akquirieren und Anträge für Projektmittel schreiben?«

Oft sind Landesmittel an freiwillige Leistungen gebunden, zum Beispiel im offenen Ganztags der Grundschulen. »Am Landesfonds »Kein Kind ohne Mahlzeit« können wir nur teilhaben, weil die Stadt freiwillig zuzahlt«, sagt Kirsten Hopster von der AWO. Die Landesförderung allein sei »nicht auskömmlich«, wolle der Träger dem Gesetzauftrag folgen, Kinder individuell zu fördern, Erziehungsdefizite aufzufangen und Eltern zu beraten. Die Einrichtungen, die diese Aufgaben erfüllen, sind auf »freiwillige Leistungen« der Stadt angewiesen.

»Zehn Jahre permanenter Überlebenskampf«

In den Bereichen Jugend, Bildung und Soziales verhandelt die Stadt dieser Tage mit zahlreichen kleinen Trägern, die in der vierten, fünften Kürzungsrunde nichts mehr abzugeben haben. »Zehn Jahre permanenter Überlebenskampf« nennt es einer. Bisher sei es mit unbezahlter Mehrarbeit und viel Idealismus gelungen, ein qualitativ hochwertiges Angebot aufrechtzuerhalten. Zu befürchten sei, dass sich das sozial schwache Klientel im Ernstfall kaum gegen den Verlust eines Angebots wehrt. »In den 90ern waren die Leute noch wütend. Heute haben viele resigniert.« Freiwillige Leistungen streichen heißt also auch, die sozialen Gräben in der Stadt weiter zu vertiefen. Thomas Buch (GEW) warnt davor, jetzt Kultur, Soziales, Jugend und Sport gegeneinander auszuspielen: »Wir brauchen alle eine soziale Heimat.«

Geld ist genug im Umlauf, nur kommt bei der Kommune zu wenig davon an. »Wir sollten es von denen nehmen, die es haben«, findet die linke Ratsfrau Barbara Schmidt. Den Vorschlag der Linken, die Gewerbesteuer zu erhöhen, hat der Rat Ende 2009 noch abgelehnt. Sicher ist: Museen, Volkshochschul-Kurse und die Stadtbibliothek sollen teurer werden. Jenseits der Bettensteuer für Hoteliers bleibt die Ampelkoalition recht phantasielos, was Vorschläge angeht, die die Mehreinnahmen ordentlich erhöhen könnten. Alternativen zur Gewerbesteuererhöhung sind jedenfalls nicht in Sicht.

»Sozialer Zusammenhalt gefährdet«

Viele Städte stehen vor dem finanziellen Ruin. Der Haushaltsexperte Wolfgang Pohl erläutert, warum

Viertel: Rekorddefizite, erdrückende Schulden und wachsende Ausgaben – wie nachhaltig kann eine Kommune in dieser Ausgangslage noch planen?

Wolfgang Pohl: Das ist heute schwieriger denn je, weil über diese Faktoren hinaus die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden mit der Konjunktur und der lokalen Wirtschaftslage schwanken. Gerade für eine nachhaltige Politik braucht es zukunftsfähige Investitionen, beispielsweise in Bildung oder Klimaschutz. Wenn eine Kommune diese nicht tätigen kann, kann sie sich nicht auf die Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte einstellen.

Welche Folgen hat der wachsende Kürzungsdruck für eine Großstadt wie Bielefeld?

Der Städtetag erwartet für die kommenden drei Jahre – 2010 eingeschlossen – ein ebenso hohes Gesamtdefizit wie in den vergangenen 18 Jahren zusammen. Die chronische kommunale Finanzkrise wird sich also noch einmal extrem verschärfen. Die Hauptgefahr der Kürzungswelle sehe ich für den sozialen Zusammenhalt der Stadt. Denn sie trifft insbesondere diejenigen, die die wegfallenden Angebote nicht aus eigener Tasche ausgleichen können.

Der Deutsche Städtetag sieht die kommunale Selbstverwaltung insgesamt in Gefahr. Was heißt das?

Von »Selbstverwaltung« der Kommunen können wir nur sprechen, wenn es reale Entscheidungsspielräume gibt. Das heißt beispielsweise, dass die Kommune noch freiwillige Aufgaben erfüllen und hier eigene Prioritäten setzen kann. Muss sich die Kommunalpolitik auf Pflichtaufgaben beschränken oder wird sie weitgehend von Haushaltssicherungskonzepten und der Kommunalaufsicht bestimmt, so stellt die Gemeinde eher eine Auftragsverwaltung als eine selbstverwaltete Körperschaft dar.

Was tun der Bund und das Land NRW, um den finanziellen Ruin zahlreicher Kommunen abzuwenden?

Auf Bundesebene ist bislang nicht viel zu erkennen, im Gegenteil: Konjunkturpaket II und »Bürgerentlastungsgesetz« haben die Kommunen durch Steuerverluste weiter ausgeblutet, und in der jüngst eingesetzten Kommission zu den Gemeindefinanzen wird zunächst der Streit um die Abschaffung der Gewerbesteuer vorherrschen, die die FDP fordert; auch dies hilft den Gemeinden nicht.

Bielefeld möchte den Einbruch in der Gewerbesteuer unter anderem mit einer Abgabe für Hoteliers auffangen. Welche Ideen haben andere Kommunen?

Mir sind nicht viele »kreative« Antworten von Städten auf die Finanzkrise bekannt. Köln hat die Vergnügungssteuer auf Bordelle, Swinger-Clubs und Ähnliches ausgedehnt und diese – von der Presse »Sex-Steuer« genannte – Regelung gerichtlich auch durchsetzen können. In anderen Städten wird eher an eine Erhöhung der Grundsteuer oder die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer gedacht. Gemeinsam ist all diesen Vorschlägen, dass sie nur sehr wenig zum Decken der Haushaltslöcher beitragen. Die Summen, die auf diese Weise erzielt werden können, sind einfach zu gering.

» Info »



Wolfgang Pohl (54) ist Referent für Kommunalpolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung und verantwortlich für das Web-Projekt Kommunalpolitische Infothek: www.kommunale-info.de. Eine Langfassung des Interviews findet sich unter: www.bi-buergerwache.de/viertel sowie unter: www.webwecker-bielefeld.de

Besondere Geschenke für besondere Menschen

Ullmann & Wagnerova

Arndt Str. 34 - 33615 Bielefeld

schön & nützlich